



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

11/2015 – 16.10.2015

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

in der heute beendeten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages haben wir insbesondere das sogenannte Asylpaket debattiert und verabschiedet und damit einen ersten wichtigen Schritt in der Flüchtlingskrise gemacht.

Mehr hierzu und weitere Informationen wie zur Verabschiedung eines Gesetzes zur Speicherung von Verbindungsdaten lasse ich Ihnen hiermit in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Mit den besten Grüßen für ein schönes Wochenende

Ihr

www.peterwichtel.de



Breite Zustimmung zum Asylpaket



(© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde)

Die Flüchtlingsbewegung in unser Land ist etwas, das sich noch vor kurzem nur wenige vorstellen konnten. Wir haben sie uns nicht gewünscht, aber nun ist sie eine Tatsache. **Die Not der Kommunen, der Landkreise und Städte, ist uns allen bewusst.** Es macht keinen Sinn, als Politiker die Probleme nur zu beklagen. Es ist unsere Aufgabe und die Stärke der Union, sich diesen

Problemen nüchtern und bestimmt zu widmen und sie zu lösen. Daran arbeiten alle Verantwortlichen mit Hochdruck. Die Bürger erwarten gerade von uns als CDU/CSU, dass wir die Dinge bis zu Ende denken, Lösungsansätze intern besprechen und dann gute Lösungen präsentieren und durchsetzen.

In dieser Woche haben wir **mit der Verabschiedung des Asylpakets bereits einen wichtigen Schritt getan.** Vor einigen Monaten wäre es nicht möglich gewesen, eine solche umfassende Reform des Asylrechts im Konsens mit den Ländern und der SPD zu realisieren. Neben der Erweiterung des Kreises der sicheren Herkunftsstaaten um drei weitere Balkanstaaten werden Maßnahmen getroffen, mit denen Fehlanreize vermieden, Verfahren beschleunigt und Unterbringung und Versorgung verbessert werden können. Gleichzeitig öffnen wir Asylbewerbern mit guten Bleibeperspektiven den Weg zu einer gelungenen Integration in die deutsche Gesellschaft und den Arbeitsmarkt und entlasten die Länder und Kommunen bei den Kosten für Asylbewerber.

Auch über das Gesetzespaket hinaus arbeiten wir an einer Ordnung und Beruhigung der Lage. Allein in Deutschland geht das aber nicht. Wir brauchen Europa und die Türkei. Wie schon zu Zeiten des Bürgerkrieges in Jugoslawien, als Deutschland hunderttausende Flüchtlinge vorübergehend aufnahm, so ist unser Land auch heute ein Zufluchtsort. Wie vor 20 Jahren liegt der Grund der Flucht außerhalb unseres Landes und unserer Entscheidung. Wie vor 20 Jahren liegt es an uns, mit Augenmaß auf diese Entwicklung zu reagieren mit dem Ziel, den Zuzug zu reduzieren.

Weiterführende Informationen finden Sie auf den Seiten der Bundesregierung unter www.bundesregierung.de sowie auf den Seiten des Bundesinnenministeriums unter www.bund.bmi.de.

Speicherung von Verbindungsdaten verabschiedet

Zur Aufklärung schwerer Straftaten sollen **Verbindungsdaten künftig für kurze Zeit gespeichert werden**. Für eine neue Regelung zur Speicherung der Verbindungsdaten hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingesetzt, seit das Bundesverfassungsgericht 2010 die alte Vorratsdatenspeicherung verworfen hatte. Das in dieser Woche verabschiedete Gesetz sieht vor, dass Telekommunikationsunternehmen Verbindungsdaten wie Telefonnummern, Zeitpunkt und Dauer von Anrufen sowie IP-Adressen von Computern künftig zehn Wochen speichern. Für Handy-Standortdaten gilt eine kürzere Frist von vier Wochen. Kommunikationsinhalte werden nicht erfasst. Verkehrsdaten von E-Mails sind ausgenommen.



(© Rainer Sturm/pixelio.de)

Für die Nutzung der Daten hatte das Bundesverfassungsgericht schon 2010 einen engen Rahmen vorgegeben. So dürfen die Ermittlungsbehörden die Daten nur nach einer entsprechenden Richterentscheidung im Einzelfall und zur Aufklärung bestimmter schwerer Straftaten nutzen. Der Straftatenkatalog lehnt sich nun eng an die Regelung zur Wohnraumüberwachung an. Nur bei besonders schweren Taten (wie Mord und Totschlag, schwerem sexuellem Missbrauch von Kindern, gewerbsmäßiger oder bandenmäßiger Verbreitung von Kinderpornografie, Menschenhandel, etc.) ist also die Erhebung der Daten zulässig.

Der Richtervorbehalt gilt ausnahmslos, so dass es keine Eilkompetenz der Staatsanwaltschaft gibt. Das bedeutet, dass nicht einmal die Staatsanwaltschaft bei Gefahr im Verzug die Maßnahme anordnen kann. Was die Datensicherheit angeht, so müssen die Daten in Deutschland gespeichert und nach Ablauf der Frist wieder gelöscht werden. Für die sogenannten Berufsheimnisträger (Ärzte, Anwälte oder Steuerberater) gibt es ein Erhebungsverbot der Daten.

Sicherheitsexperten – insbesondere Strafermittler – haben stets auf die Wiedereinführung einer Speicherung von Verbindungsdaten gedrungen. Nur mit diesen Daten könnten Fahnder nachvollziehen, mit wem Terroristen beispielsweise telefonieren oder wer sich Kinderpornografie im Netz anschaut. Gerade die IP-Adresse ist den Experten zufolge häufig die einzige Spur zu Tätern, besonders in Fällen von Internetkriminalität.

Aktuelles aus dem Plenum

Der in dieser Woche vorgestellte **Vierte Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung und Zukunftsperspektiven der maritimen Wirtschaft in Deutschland** zeigt, dass die maritime Wirtschaft eine Zukunfts- und Wachstumsbranche bleibt. Energie- wende, Klima- und Umweltschutz, Rohstoffversorgung – in diesen zentralen Zukunftsfeldern ist die maritime Wirtschaft aktiv. Häfen, Seeschifffahrt, Schiffbau und Schiffbauzulieferindustrie, die Meerestechnik, die Offshore-Windenergie sowie maritime Forschung und Entwicklung gehören deshalb weiterhin zu den Kernbereichen nationaler maritimer Politik und bedürfen – insbesondere vor dem Hintergrund der leichteren Krisenanfälligkeit – zu Recht besonderer Aufmerksamkeit.



(© BMVI)



(© Tim Reckmann/pixelio.de)

Mit dem ebenso beschlossenen **Gesetz zur Änderung des Batteriegesetzes** setzen wir europarechtliche Vorgaben um und schränken die Verwendung von Cadmium und Quecksilber in Batterien weiter ein, um diese gefährlichen Stoffe somit dauerhaft aus dem Stoffkreislauf zu entfernen. Es dürfen keine Knopfzellen mehr in Verkehr gebracht werden, die mehr als 0,0005 Gewichtsprozent Quecksilber enthalten. Zudem wird sich mit dem Ablauf der Übergangsfrist zum 31. Dezember 2016 das Verbot der Verwendung von Cadmium auch auf Gerätebatterien und -akkumulatoren von schnurlosen Elektrowerkzeugen erstrecken.

Daten und Fakten

TTIP bringt Vorteile. Die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika bringt laut Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – basierend auf den Daten des ifo Instituts – viele Vorteile für Deutschland: So profitieren von der Vereinheitlichung aller Standards und Regulierungen vor allem kleine und mittlere Unternehmen, für die 42 Prozent höhere Marktchancen prognostiziert werden. Schon heute hängen 60.000 deutsche Arbeitsplätze von US-Exporten ab. Selbst unter pessimistischen Annahmen sagt das ifo Institut hier einen Zuwachs von Arbeitsplätzen in Deutschland und der EU voraus. Auch die europäischen Landwirte können nach Schätzungen 60 Prozent mehr Produkte in den USA absetzen, wenn die Zölle durch das Freihandelsabkommen auf null gesetzt und die weiteren Handelsbarrieren um 25 Prozent gesenkt werden.

(Quelle: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)

Mehr staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren. Im Jahr 2014 erledigten die Staats- und Amtsanwaltschaften in Deutschland insgesamt rund 4,7 Millionen Ermittlungsverfahren. 2013 lag die Zahl noch bei etwa 4,5 Millionen, was einem Anstieg um 3,5 Prozent entspricht. Die Struktur der Erledigungsarten blieb jedoch ähnlich wie in den Vorjahren: Während 10 Prozent der Ermittlungsverfahren zu einer Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft führten, stellte diese in 11 Prozent beim zuständigen Gericht Antrag auf Erlass eines Strafbefehls, bei dem die Richter vorwiegend Geldstrafen auch ohne Hauptverhandlung aussprechen können. In 58 Prozent der Fälle wurden die Verfahren eingestellt: Bei 4 Prozent geschah dies durch die Zahlung eines Geldbetrages an eine gemeinnützige Einrichtung, die Staatskasse oder durch einen Täter-Opfer-Ausgleich. Weitere rund 25 Prozent der Verfahren wurden ohne Auflagen, insbesondere wegen Geringfügigkeit, eingestellt, in 28 Prozent gab es eine Einstellung mangels hinreichenden Tatverdachts oder wegen Schuldunfähigkeit der Beschuldigten. Die übrigen rund 21 Prozent aller Ermittlungsverfahren wurden etwa durch Verbindung mit einer anderen Strafsache, die Abgabe an eine andere zuständige Staatsanwaltschaft oder die Abgabe als Ordnungswidrigkeit an zuständige Verwaltungsbehörden erledigt.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim
Melde
Seite 3 – Rainer Sturm/pixelio.de
Seite 4 – BMVI (oben),
Tim Reckmann/pixelio.de (unten)